

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Volkzeitschriftums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelleile 35 Pf., bei Platzvordruff 40 Pf. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelleile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatent die 10 Gelp. Kolonelleile mit 50 Pf. Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausm. die 10 Gelp. Kolonelleile 40 Pf. bei Platzvordruff 50 Pf. Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sturmjahren im Breußenparlament.

Um den Hohenzollernvergleich.

SPD. Berlin, 12. Oktober.

Die zweite Lesung des Vergleiches zwischen dem ehemals regierenden Hause und der Republik Preußen begann am Dienstagmorgen um 12 Uhr wieder mit langen Geschäftsordnungsdebatten.

Abg. Bartels (Komm.) will eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abgeben, die Präsident Bartels nicht zuläßt. — Abg. Vied (Komm.) beantragt, die zweite Lesung um vier Wochen zu verschieben. Der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Vied (Komm.) beantragt die Auflösung des Landtages (Heiterkeit).

In dem dauernden Lärm, den die Kommunisten machen, ruft der Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) dem Präsidenten Bartels zu: „Hausrecht der Hohenzollern“ und wird von der Sitzung ausgeschlossen. — Abg. von der Osten (Dm.) bedauert namens seiner Partei, daß im Breußischen Landtag eine derartige Flut niedriger Gemeinheiten gegen die Hohenzollern ausgesprochen werde (Lärm b. d. Komm.). Abg. Vied (Komm.) beantragt Rückverweisung an den Hauptausschuß. Der Antrag wird ebenso wie der beantragte schriftliche Bericht über die Ausschüßverhandlungen abgelehnt.

Dann wird in die sachliche Beratung der Vorlage eingetreten. Berichterstatter des Ausschusses ist der demokratische Abg. Fall. Als während seiner Rede der Abg. Kiebel (Dem.) sich zum Präsidenten begibt, um ihm etwas mitzuteilen, wird er bei seiner Rückkehr von den Kommunisten mit wüstem Lärm empfangen. Abg. Kellermann (Komm.) wirft ihm ein Affenlärmen an den Kopf und wird vom Präsidenten Bartels von der Sitzung ausgeschlossen. Die auf der Zuhörtribüne untergebrachten Kommunisten erheben sich und rufen im Takt: „Dableiben!“ Ein Kommunist auf der Tribüne erhebt sich und verliest vom Manuskript eine längere Rede. Präsident Bartels unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Nach Wiedereröffnung der Sitzung — während der Pause sind die Tribünen geräumt worden — fragt Präsident Bartels den kommunistischen Abgeordneten Gohlke, ob er die Tribünenbesucher aufgefordert habe, sich den Anordnungen des Präsidenten zu widersetzen. Abg. Gohlke bestreitet das.

Präsident Bartels: Dann ist die Angelegenheit erledigt; sonst hätte ich Sie von der Sitzung ausgeschlossen. — Abg. Vied (Komm.) beantragt nochmals schriftlichen Bericht des Hauptausschusses. Vizepräsident Garnich erklärt den Antrag für unzulässig. — Abg. Vied beantragt die Herbeiführung des Ministerpräsidenten. Der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Schmitz (Dem.) beantragt die Herbeiführung sämtlicher übrigen Minister. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit.) — Abg. Vied fordert die Wiederzulassung der Tribünenbesucher. Vizepräsident Garnich erklärt diesen Antrag für unzulässig. — Abg. Labendorf (Wirtsch. Partei) begrüßt den Vergleich als Anerkennung des Eigentumsrechts und beklagt die schlechte Lage des Mittelstandes. — Abg. Freiherr von Wangenheim (Welfe) protestiert dagegen, daß alle in Hannover gelegenen Schloß und Domänen dem Preußischen Staat zufallen sollen. Der Vergleich sei eine rein preussische Angelegenheit, die Deutschland Hannoveraner würden sich der Stimme enthalten. — Abg. Schwent (Komm.) bezeichnet die Rechtsansprüche der Hohenzollern als vollkommen hinfällig. — Zur Geschäftsordnung verlangt Abg. Bartels-Cresfeld (Komm.) den sofortigen Zusammentritt des Verlesers. Vizepräsident Garnich erklärt den Antrag für unzulässig.

Die Kommunisten beantragen ein Mißtrauensvotum gegen die einzelnen Minister. Abg. Vied (Komm.) bedauert, daß es nicht mehr preussische Minister gäbe, gegen die man das Mißtrauen beantragen könne. (Heiterkeit.) Damit schließt die Debatte. Die einzelnen Paragraphen des Vergleichentwurfes werden in namentlicher Abstimmung

mit durchschnittlich 210 bürgerlichen Stimmen gegen rund 40 kommunistischen Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Während einer Abstimmungspause beschimpfen die Kommunisten den sozialdemokratischen Abgeordneten Osteroth mit den Worten „Ausbeuter“ und „Zuhälter“. Als Abgeordneter Osteroth dem hauptbestimmten kommunistischen Abgeordneten Abel erwidert, er sei ein Lump, stürzt dieser auf Osteroth zu und verlegt ihm einen Faustschlag. Präsident Bartels schießt den Abgeordneten Abel von der Sitzung aus. Abg. Abel ist bei der Sozialdemokratischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft beschäftigt, deren Sozialdirektor Genosse Osteroth ist, und bezieht durch dessen Verwendung seit Beginn der Mandatsdauer seinen vollen Lohn, ohne zu arbeiten.)

Vor der Abstimmung über den § 3 stellte Abg. Herold (Ztr.) den Antrag, zuerst über die Regierungsvorlage und dann über die Abänderungsvorschläge abzustimmen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der Kommunisten und eines Teiles der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Darauf protestierten die Kommunisten durch einen ungeheuren Lärm, den sie schließlich zu einem gewaltigen

Ueberfall auf das Präsidium:

steigerten. Mit Wassergläsern, Tintenfläschern, Schubstiften stießen sie über das Präsidium, das vom Vizepräsidenten Garnich, dem Volksparteier Metzgerthien und unserem alten Genossen Breconer besetzt war, her und suchten den Präsidenten von seinem Platz zu vertreiben. Der Präsident hob die Sitzung auf und berief den Verleser ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Vizepräsident Garnich mit, daß der Verleser mit dem Verleser der drei Hauptbestimmungen des Ueberfalls, die kommunistischen Abgeordneten Zendrusch, Stiellerrup und Sp-

stein für die höchstzulässige Dauer von 20 Tagen auszuschließen. Da die drei Abgeordneten sich weigern, den Saal zu verlassen, wurde die Sitzung nochmals unterbrochen und die Polizei zu ihrer Entfernung herbeigescholt. Als die Polizei erscheint, verlassen die drei freiwillig den Saal.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung wird der Abg. Kollwitz (Komm.) auf acht Tage ausgeschlossen; er verläßt sofort freiwillig den Saal. Abg. Vied (Komm.) protestiert gegen den Antrag Herold, der eine bewußte Rechtslosmachung der Kommunisten bedeutet. Der „Protest“ seiner Fraktion gegen das Präsidium sei berechtigt gewesen; soweit Beamte dadurch in Mitleidenschaft gezogen wurden, bedauern sie es. Als er sich in beleidigenden Ausdrücken ergeht, wird ihm das Wort entzogen. Die Annahme eines Antrages auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte löste wiederum einen wüsten Lärm bei den Kommunisten aus, der zur Ausweisung der Abg. Grube, Eberlein und Frau Krüger-Halle führte. Auch diese drei verlassen den Saal, gefolgt von den übrigen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion. Der Vergleichsentwurf wurde nunmehr ohne Debatte bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen. Daraufhin verlagte sich das Haus auf Mittwochmittag 12 Uhr. Schluß um 8,30 Uhr.

Eine Frage von internationaler Bedeutung.

II. Paris, 13. Oktober.

Der Temps beschäftigt sich eingehend mit der Annahme der Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern durch den Preussischen Landtag. So steht fest, daß man sich mit der Frage der Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland beschäftigen müsse. Da die holländische Regierung Kaiser Wilhelm als einfachen Bürger betrachtet; hätte er nach holländischer Auffassung die volle Freiheit, Holland zu verlassen, wann es ihm beliebt. Die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, die früheren Prinzipen zu entsagen, sei wohl eine innere Angelegenheit Deutschlands, aber die Tatsache, daß ein derartiges Arrangement, direkt oder indirekt, die Heimkehr Kaiser Wilhelms vorbereite, sei eine Frage von internationaler Bedeutung, der gegenüber die Alliierten und verbündeten Mächte keineswegs unbeteiligt bleiben könnten. Zumindest hätten die Alliierten die Pflicht, Deutschland daran zu erinnern, daß es keine Annäherung an eine Nation geben könne, die unter irgend einer Form den Wiederaufstieg der Hohenzollern begünstige.

Im Gegensatz zu anders lautenden Nachrichten berichten Berliner Blätter aus Amsterdam, daß bei der niederländischen Regierung weder vom ehemaligen Kaiser noch von irgendeiner ausländischen Regierung Schritte mit Bezug auf die Möglichkeit einer Rückkehr des Kaisers nach Deutschland unternommen worden seien. In amtlichen Kreisen glaubte man zu wissen, daß Wilhelm selbst einer Rückkehr nach Deutschland abgeneigt sei. (?)

Die Berliner Funktionäre fordern Ablehnung.

Der Vorwärts berichtet: Die Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der Sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin in den Musterräumen, die am Montagabend tagte, nahm nach kurzer Aussprache einstimmig folgende Entschlieung an:

„Die Berliner Funktionäre fordern, erklärt, daß der dem Preussischen Landtag vorliegende Vergleich mit den Hohenzollern für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar ist. Die Konferenz erwartet, daß die Landtagsaktion diesen Vergleich ablehnt und seine Annahme mit allen Kräften zu verhindern sucht.“

Die tschechisch-deutsche Rechtsregierung.

SPD. Prag, 13. Oktober. (Radio.)

Am Dienstag ist die tschechisch-deutsche bürgerliche Rechtsregierung zusammengekommen. Die neue Regierung weist folgende Zusammensetzung auf: Ministerpräsident: Dr. Svehla (Tschechische Agrarier); Außenminister: Dr. Beneš, Beamter; Inneres: Cerny, Beamter; Finanzen: Englisch, Beamter; Handel: Peroutka, Beamter; Militär: Udrzal (Tschechische Agrarier); Arbeiten: Horak (Tschechische Gewerbetreibende); Justiz: Mayer-Harting (Deutsch-Christlichsozial); Fürsorge: Sirdinko (Tschechische Agrarier); Unterricht: Hrdlička (Tschechische Agrarier); Post: Stina (Deutsche Agrarier); Eisenbahn: Rosel (Tschechische Katholiken); Slowakei: Kallera, Beamter.

Die deutschen Minister Stina und Mayer-Harting sind von Beruf Professoren an der deutschen Universität in Prag. Mayer-Harting ist Lehrer des Verwaltungsrechts, Stina Theologe (Slawist).

Wie die SPD weiter berichtet, ist die Regierungsbildung zustande gekommen, nachdem sich die deutschen Agrarier und die deutschen Christlichsozialen bereit erklärt hatten, in das Kabinett einzutreten, ohne daß ihnen vorher auch nur die geringste Zusicherung auf nationalpolitischem Gebiete gemacht worden wäre. Das Kabinett wird halb parlamentarisch und halb eine Beamtenregierung sein. Die Slowaken und Nationaldemokraten sind im Kabinett nicht parteimäßig, wohl aber durch ihnen nahestehende Beamte vertreten. Die deutschen Sozialdemokraten verhalten gegenüber dem neuen Kabinett in schärfster Opposition. Auch die tschechischen Sozialisten, Kommunisten, tschechische Nationalsozialisten und Deutschnationalen lehnen das neue Kabinett ab.

Ist Genf der Friede?

Von Gerhart Seger, Berlin.

Keinem politisch denkenden Menschen wird die bloße Tatsache des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund genügen, um daran die weitestgehenden Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft zu knüpfen, sondern man wird selbstverständlich zu fragen haben, was die Genfer Institution leisten kann, und welche Politik die deutsche Republik in Genf treiben wird, um die Folgen des Genfer Ereignisses abzuwenden zu können.

Aus diesem Grunde hat das Deutsche Friedenspartei, die Spitzenorganisation der deutschen pazifistischen Bewegung, auf ihrem diesjährigen Friedenskongress Anfang Oktober in Heidelberg in Referat und Korreferat diese beiden Fragen behandelt: Völkerbund und deutsche Friedenspolitik, und: Ist Genf der Friede? Die Referenten, Oberregierungsrat z. D. Dr. Hans Simons und Dr. Kurt Hiller, kamen dabei zu Schlussfolgerungen, die im folgenden zusammengefaßt werden sollen.

Die Friedensbewegung, die seit ihrem Bestehen das Ideal des Völkerbundes verfolgt hat, vermag am sichersten festzustellen, wie weit und in welchem Punkte die Genfer Institution von diesem Ideal noch entfernt ist. Man darf nie vergessen, daß der Genfer Völkerbund aus den Verhandlungen um die Pariser Friedensverträge hervorgegangen ist, und daß er, bei der Zusammenfassung der Entente-Delegationen, ein Kompromißgebilde ist, denn bei den Pariser Verhandlungen standen den Anhängern der Völkerbunds-idee, wie Wilson und Smuts, eine Anzahl Gegner gegenüber, angeführt von Clemenceau. Daher ist jede Bestimmung der Völkerbunds-Charta das Ergebnis eines oft hartnäckig ertrittenen Kompromisses; ähnlich, wie man in Weimar um die einzelnen Bestimmungen der Verfassung gekämpft hat.

Es kommt hinzu, daß zwar der Völkerbund neue Methoden der auswärtigen Politik einführt, daß wir aber, von den Machtverhältnissen der einzelnen Mächte ganz abgesehen, noch nicht neue Menschen mit einer neuen politischen Gesinnung haben, die diese Einrichtung tragen müssen, wenn sie wirken soll; es verhält sich ja mit dem Völkerbund nicht anders wie mit der Republik: deutsch-nationale Landräte sind nicht gerade die geeignetsten Hüter der republikanischen Verfassung, und so sind auch die Diplomaten alter Schule nicht die geeignetsten Vorkämpfer des Völkerbundes.

Daraus ergibt sich für Deutschland die Pflicht, die Delegierten für Genf sorgfältig auszuwählen, als das diesmal geschehen ist. Das Auswärtige Amt ist in einem großen Teile seiner Beamtenschaft noch immer eine Art Museum aus der Kaiserzeit, und besonders der Dirigent des Referates für Völkerbundsfragen, Geheimrat von Bülow, ist ein geschworener Gegner des Völkerbundes. Deutschland hat aber in seiner auswärtigen Politik so viele Fragen, es sei nur an das Saargebiet, Danzig, Oberschlesien, die deutschen Minderheiten in den anderen Ländern erinnert, die vom Völkerbunde entschieden werden, so daß die deutsche Republik von allen Völkerbundsstaaten das größte Interesse an der Stabilisierung und dem Ausbau der Genfer Institution hat. Bei der Vertretung seiner Interessen muß aber Deutschland die natürliche Grenze des Gesamtinteresses des Völkerbundes innehalten, es darf sich innerhalb des Völkerbundes nicht so aufführen, wie etwa Bayern sich im Reich aufführt: Dr. Simons prägte in Heidelberg den Satz, daß der Appell an das internationale Recht neben dem Rechtsanspruch auch den Verzicht in sich schließt, wenn das Recht auf der anderen Seite oder bei der Gesamtheit liegt.

Zu einer den Völkerbund stützenden Politik gehört ferner, daß man lieber auf die Lösung einer schwierigen politischen Frage in Genf verzichtet, als den Völkerbund mit der Gefahr eines Verfallens zu belasten, wenn er der betreffenden Frage noch gar nicht gewachsen sein kann. Schließlich kann der Völkerbund nicht innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, nicht in sechs Jahren eine jahrtausendealte Gewalt-politik überwinden, ganz abgesehen davon, daß er vom geltenden Recht ausgeht, das, wie Dr. Simons von seinem sozialistischen Standpunkt erklärte, dem dient, der in Besitz und Macht sich befindet.

Diesen kritischen Gedankengängen ist noch hinzuzufügen, worauf Dr. Simons besonders nachdrücklich aufmerksam machte, daß ja aus dem Völkerbunde keine andere Politik herauskommen kann, als die einzelnen Regierungen in ihn hineinprojizieren: der Völkerbund ist ein Bund der Regierungen, und wenn wir in Deutschland eine Rechtsregierung haben, wenn eine Reihe europäischer Völker ultrareaktionäre Diktatoren über sich dulden, so kann schließlich vom Völkerbund keine übermäßig fortschrittliche Politik erwartet werden. Auch in diesem Punkte zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik.

Selbst wenn wir aber von Deutschland aus alles tun, um den Völkerbund vernünftig zu unterliegen, ist damit der Friede noch lange nicht gesichert; zu allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gegen die Kriegursachen kommt noch der geistige Kampf hinzu, der gegen die Kriegsbereitschaft, gegen die militaristische Gesinnung zu führen ist. Deshalb ist es keine Phrase, wenn von der Notwendigkeit einer Völkerbunds-